

Die Wahlrechtsdebatte.

Sitzung vom 11. Dezember.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Dr. Drewe.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten. — Einige Rechnungssachen werden aussprachelos erledigt.

Abg. Dr. Porich (Ztr.):

Dem Antrag des Abgeordneten Korsanty, die drei Vorlagen nicht einem Ausschuss von 28, sondern einem solchen von 35 Mitgliedern zu überweisen, stehen große Bedenken praktischer und grundsätzlicher Natur entgegen. Ein Ausschuss von 35 Mitgliedern wird zweifellos länger verhandeln, als ein solcher von 28. Wir haben auch noch niemals einen so großen Ausschuss niedergesetzt, und das Verlangen könnte in Zukunft erneuert werden. Auf der anderen Seite stehen allerdings die Interessen der polnischen Fraktion, die wir sehr gern anerkennen. Mit Rücksicht darauf sind wir bereit, dem Ausschuss von 35 Mitgliedern zuzustimmen. Wir nehmen dabei in Kauf, daß vielleicht eine Verlängerung der Ausschussberatungen eintritt. Möglicherweise werden dadurch die Beratungen im Plenum abgekürzt werden. Grundfänglich bringen wir ausdrücklich zum Ausdruck, daß sich dieser Ausnahmefall dadurch begründen läßt, daß wir ein Gesetz beraten, wie wir es in gleicher Wichtigkeit noch nicht zu verhandeln hatten, da es darauf abzielt, die Grundlagen dieses Hauses umzuwandeln.

Abg. Dr. Ludewig (Nat.):

Eigentlich hätte die Einführung des von der Krone in feierlicher Form gegebenen Versprechens, daß für die Dreiklassenwahl in Preußen kein Raum mehr sei, aufgeschoben werden sollen bis zur Rückkehr der noch im Felde stehenden Millionen von Kriegern. Wie die Dinge aber heute liegen, heißt es, ohne Verzug an die Arbeit gehen. Der Burgfrieden auf der inneren Front hat allerdings nicht hindern können, daß die Dinge auseinanderplagen. Wäre eine der früher behandelten Reformen zustande gekommen, so wäre zweifellos eine Entlastung des innerpolitischen Lebens während des Krieges eingetreten. Die Verhältniswahl für dichtbevölkerte Wahlkreise und für die Ostmark zur Vertretung der Minderheiten sowie die Einführung der Wahlpflicht wird ebenso zu prüfen sein, wie die Abänderung des Stichwahlsystems und einer begrenzten Gewährung von Zusatzstimmen für Alter und Bildung, was alles im Rahmen des gleichen Wahlrechts geschehen konnte. Eine Verständigung ist jedenfalls zur Wahrung des inneren Friedens nötig. Eine starke Vertretung der Landwirtschaft in der ersten Kammer ist angebracht, aber gegenüber dem Großgrundbesitz muß auch das Bauerntum gebührend berücksichtigt sein. Die Volkserzieher und die städtischen Hausbesitzer sind stärker an der Vertretung im Herrenhaus zu beteiligen. Wir wollen die drei Vorlagen einem einzigen Ausschuss überweisen, in dem wir förderbare Arbeit tun werden, denn von der Notwendigkeit der Reformen sind wir durchdrungen.

Wir hoffen, daß ein dauerhafter Bau geschaffen werde und aus dem Kriege eine unseres Volkes würdige Volksvertretung hervorgehe.

Abg. Ströbel (U. Soz.):

Konservative, Zentrum und Nationalliberale — sie alle wollen das alte Stöckreaktionäre Preußen, das Preußen des Militarismus und Absolutismus erhalten. Ob die Konservativen in Schönheit sterben werden, weiß ich nicht. Jedenfalls wird aber das gleiche Wahlrecht nicht in Schönheit sterben. Will die Regierung das gleiche Wahlrecht wirklich einführen, dann müßte sie den Landtag auflösen. Der ganze Wunderglauben der Fortschrittler und der abhängigen Sozialdemokraten gehöret dazu, um von dem Ministerium Hertling-Friedberg eine Besserung des Belagerungszustandes zu erwarten. An die Allmacht der Militärbehörden ist der Byzantinismus gegenüber der Heerführer mitschuldig. Unsere Versammlungen werden verboten. Der Rechten gegenüber besolgt man eine andere Praxis. Die Verhältniswahl will man nur dort einführen, wo man die Arbeiter zu schädigen gedenkt.